

Mitgliederrundbrief

Bezirksverband Altona

DIE LINKE.

Ausgabe Juli / August 2010

Rettet die Fabrik – unterstützen Sie die Petition zum Erhalt der Fabrik!

Seit 39 Jahren hat sich die Fabrik unter Leitung ihres Gründers Horst Dietrich zu einem kulturellen Wahrzeichen Altonas und zu einem lebendigen soziokulturellen Zentrum vor allem für eine offene und kostenlose Kinder- und Jugendarbeit in Ottensen ständig weiterentwickelt und ist dafür weit über Altonas Grenzen hinaus bekannt.

Diese Institution ist nun akut in Gefahr geraten, weil ihre Förderung durch die BKSM (Behörde für Kultur, Sport und Medien) in Frage gestellt wird.

Zum Hintergrund:

Die Fabrik trägt 80% ihrer Gesamtkosten (Personal, Miete, Künstlergagen, Technik) aus den Erlösen des Eintritts. 20% (ca. 430.000 € pro Jahr) wurden bisher von der BKSM getragen. Zum Vergleich: die Subventionen für die Staatsoper betragen täglich (!) 116.000 €. Nach Fertigstellung des aberwitzig teuren Gebäudes hoch im dreistelligen Millionenbereich werden die Tagessubventionen der Elbphilharmonie voraussichtlich ein Vielfaches vom Subventionsbedarf der Staatsoper verschlingen.

Ob die Staatsoper und die Elbphilharmonie überhaupt irgendeine Miete an die im Besitz der FHH befindlichen Grundstücke und Gebäude bezahlen, ist mir, dem Verfasser dieser Zeilen, nicht bekannt, die Fabrik allerdings muss monatlich ca. 10.000 € Miete an die Stadt bezahlen, weil diese sich weigert, Grundstück und Gebäude in die gemeinnützige Stiftung zu überführen, die die Fabrik seit

einigen Jahren mit einem Vorstand, Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer Horst Dietrich betreibt.

Die Fabrik beschäftigt ca. 45 Mitarbeiter/innen und bietet neben ihren abendlichen Musikveranstaltungen tagsüber kostenlose Mitmach-Kurse in den Bereichen Theater, Foto, Internet, Töpfern, Schularbeitenhilfe usw. an. Diese zum Teil mit den umliegenden Schulen gemeinsam organisierten Workshops und Kurse sind seit Jahrzehnten täglich außerordentlich gut besucht und haben Generationen von Kindern und Jugendlichen aus Ottensen gefördert. Sogar spätere Kultur-Berühmtheiten wie der deutsch-türkische Regisseur Fatih Akin sind daraus hervorgegangen. Dass diese Arbeit genausowenig wie die Nachwuchsförderung innerhalb der Musik-Szene ohne öffentliche Förderung geleistet werden kann, versteht sich von selbst, wobei der Förderbetrag von gut 400.000 € extrem niedrig erscheint, zumal er im Prinzip sofort wieder an die Stadt für die Mieteleistungen und an den Staat für die Lohn- und die Umsatzsteuer zurücküberwiesen werden muss.

Nun hat die BKSM in Gestalt ihres Abteilungsleiters für Kunst, Kreativwirtschaft, Musik und Kulturprojekte, Herrn Dr. Pit Hosak, am 25.5.2010 einen Brief geschrieben, in dem sie die mögliche Bereitstellung von weiteren Fördermitteln für den Zeitraum 2011/2012 von folgenden Vor-

weiter auf Seite 2

Der Oberbaudirektor greift Altona an

Der Oberbaudirektor von Hamburg heisst gegenwärtig Prof. Jörn Walter. Der Schinkel-Preisträger aus Bremen, der nach der Wende seine Karriere in Dresden begann, ist die Nummer 3 in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt BSU. Gleich hinter der GAL-Senatorin Hajduk und dem ebenfalls grünen Staatsrat Maass. Als er 1998 die Nachfolge Prof. Egbert Kossaks antrat, schrieb die damalige GAL-Abgeordnete Heike Sudmann: „Auf Jörn Walter kommen sehr sportliche Aufgaben zu. Er muss den Spagat schaffen zwischen der sozialen Stadtentwicklung und den ambitionierten Projekten wie Hafen-City und Are-



na, zwischen den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger einerseits und den Investoren andererseits. All das wird er gleichermaßen mit Augenmerk und Visionen angehen müssen.“ (www.architekturarchiv der Hamburgischen Architektenkammer)

Nun ja, aus dem Spagat ist, wie nicht unbedingt anders zu erwarten war, ein doppelter Rittberger zum Nutzen und Spaß der Hamburger Leuchtturm-Pfeffersäcke um Ole von Beust und seine Investoren geworden. Hätte er sich nur in der Hafen-City und beim Arena-Bau ausgetobt, wäre das für die Bevölkerung nicht so schlimm gewesen, aber leider hat er auch bis dahin friedlich und bezahlbare Wohnquartiere angegriffen und ist dabei, sie komplett umzustrukturieren. Wilhelmsburg war und ist neben der Hafen-City sein erstes Ziel, dem jetzt Altona folgen soll. Während er in Breitmaulfrosch-Manier stets und überall verkündet und verkünden lässt, dass die Bürgerbeteiligung für die Neugestaltung von 'Altonas neuer Mitte' ihm oberstes Gebot sei, entzieht er dem Bezirk Altona nahezu jegliche stadtplanerische (Mit)Gestaltungsmöglichkeit.

Das war beim Masterplan Volkspark so, fand seine Fortsetzung bei der Evokation (Übernahme) der Altonaer Planungshoheit durch den Hamburger Senat für die 'Verwertungsflächen' zur Finanzierung des Autobahndeckels (also die Altonaer Kleingärten), setzte sich fort mit der Evokation der

weiter auf Seite 2

aussetzungen abhängig macht:

1. Aufsichtsrat und Vorstand bis zur Sommerpause neu zu besetzen.
2. Der neue Vorstand wird bis spätestens 30.9.10 die Position des Geschäftsführers der Fabrik neu besetzen.
3. Um Ihre Erfahrung weiterhin zu nutzen, wechseln Sie (Horst Dietrich, Anm.d.Verf.) bis 30.9.10 in den Aufsichtsrat.
4. Parallel dazu wird mit externer Unterstützung durch den neuen Vorstand bis Ende des Jahres ein Sanierungskonzept erstellt, das inhaltlich eine zukunftsweisende Positionierung der Fabrik und finanziell ein ausgeglichenes wirtschaftliches Ergebnis zum Gegenstand hat.
5. Die noch ausstehende Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Jahr 2010 wird bis 30.6.10 erarbeitet und unterzeichnet.“

Dieses Konzept ist die aufgezwungene Kapitulationsunterzeichnung des bisherigen Konzeptes, für das Horst Dietrich seit 39 Jahren steht, und es steht für eine Umwandlung der Fabrik in eine rein kommerziell ausgerichtete Disco unter Leitung eines entsprechenden, von der Kulturbehörde eingesetzten neuen Vorstandes und Geschäftsführers. Die Kinder- und Jugendarbeit, die Nachwuchsförderung im Musikbereich würden dabei genauso untergehen wie Horst Dietrich mit seiner altersmäßig voll durchmischten Truppe und deren soziokultu-



rellem Engagement in Ottensen, Altona und weit darüber hinaus.

Das darf nicht passieren. Deswegen rufen wir alle dazu auf, den Widerstand gegen diese Knebelungs- und Unterwerfungspolitik der Kulturbehörde bzw. des Hamburger Senats zu unterstützen und sich in den kommenden Monaten an den vielfältigen Solidaritätsaktionen zum Erhalt der Fabrik zu beteiligen.

Robert Jarowoy, 27.6.2010

weiter Der Oberbaudirektor greift Altona an

Planungshoheit für das Monster-IKEA und findet derzeit seinen Höhepunkt in der Deklaration des gesamten Altonaer Bahnhofs und Bahnhofsgeländes zum 'Vorbehaltsgebiet' seiner Behörde BSU.

Was ist ein Vorbehaltsgebiet?

Nach § 165 des Baugesetzbuches kann eine Landesregierung ein besonders wichtiges, zentral gelegenes durch Conversion (Umnutzung) z.B. ehemaliger Industrie- oder Bahnareale freiwerdendes Gelände planerisch an sich ziehen und 'Voruntersuchungen für eine Entwicklungsmaßnahme' einleiten. Dies ist im Falle des Altonaer Bahngeländes zwischen Bahnhof und Diebsteich, zwischen Harkortstraße und Kohlentwiete geschehen und noch nicht abgeschlossen. Nun hat der Oberbaudirektor das Gelände aber bereits nach einem Hamburger Landesgesetz zu einem Vorbehaltsgebiet erklären lassen, in dem der Bezirk keinerlei planerische Mitgestaltungsrechte hat. In der Hafen-City, wo dieses Verfahren bereits durchgezogen wurde, konnte man das vielleicht noch tolerieren, weil es dort keine Anwohner/innen gab und das Gebiet für Wohnbebauung irgendwie außerirdisch war und ist. Im Herzen Altonas zwischen Altona-Altstadt, Altona-Nord, Bahrenfeld und Ottensen, ein Quartier mit 3.000-4.000 Wohnungen und den damit verbundenen verkehrlichen und sonstigen infrastrukturellen Entwicklungsmaßnahmen von den Behörden-PCs an der Stadthausbrücke ohne Beteiligung des betroffenen Bezirks hinklotzen zu wollen, ist hingegen eine offene Kriegserklärung an Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden historisch gewachsenen Stadtteile.

In der Sprache des Oberbaudirektors heisst das in einem Hochglanz-Flyer: „Die geplante Verlegung des Fernbahnhofs Altona in den Bereich Diebsteich und die Aufgabe wei-

terer bahnbezogener und gewerblicher Nutzungen eröffnen die Chance, ein ca. 75 ha großes Areal – mitten in Altona – neu zu entwickeln. Ziel ist es, hier ein neues lebendiges Stadtquartier zum Wohnen und Arbeiten sowie eine großflächige Parkanlage zu schaffen. Mit der Entwicklung der 'Mitte Altona' können bislang trennende Barrieren gemindert und die angrenzenden Stadtteile miteinander verbunden werden. Dabei sind bedeutsame bauliche Bestandteile der vergangenen Nutzungen zu integrieren. Unter Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) werden mit dem Planungsinstrument der 'Vorbereitenden Untersuchungen' (nach Baugesetzbuch § 165, Abs. 4) hierfür gegenwärtig die städtebaulich-landschaftsplanerischen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt.“

Es fängt an mit dem in der BSU, angeblich von Prof. Walter persönlich ausgedachten Begriff 'Mitte Altona'. Keine Altonaerin, kein Altonaer wurde je dazu befragt. Es geht weiter mit der Schließung des Fernbahnhofs Altona und seiner 'Verlegung' nach Diebsteich. Auch dazu wurde niemand befragt. Die Bahn hat es beschlossen, vom Bund soll es finanziert werden, im Bundesfernwege- und Investitionsplan, der bis 2015 gültig ist, wird es mit keinem Wort erwähnt. Dass die damals selbständige Stadt Altona die Flächen Ende des 19. Jahrhunderts der Bahn kostenlos zum Betrieb eines Bahnbetriebes zum Wohle der Öffentlichkeit zur Verfügung stellte, und nicht zum Verzocken an irgendwelche Investoren (Aurelis/Pirelli bzw. Holsten/ECE), wird heute ohnehin nirgendwo mehr erwähnt.

Wer sind die Investoren?

Die Deutsche Bahn AG (privatisiert, aber weiterhin zu 100% im Aktienbesitz des Bundes) hat die nicht mehr benötig-

weiter auf Seite 3



ten Bahngelände der Tochterfirma Aurelis zur Veräußerung überlassen. Aurelis wurde an ein Hedgefond-Spekulanten-Consortium namens Redwood-Grove sowie den deutschen Megabaukonzern Hochtief verschachtet. Redwood-Grove, auf den Cayman-Inseln angesiedelt, gehört der Cypress-Grove, einem Pensionsfond aus Kalifornien, und der Mailänder Pirelli RE, der bis vor kurzem auch das Mercado und der Altonaer Bahnhof gehörten. Das nördlich gelegene Gelände, westlich der Harkortstraße bis fast an die Stresemannstraße, gehört der Holstenbrauerei, die vor einigen Jahren von der dänischen Carlsberg-Gruppe übernommen wurde. Carlsberg möchte die Produktionsstätte der Brauerei nach Lübz in Mecklenburg (Kreis Parchim) verlegen, wartet aber noch auf die Umzugsfinanzierungszusage der dortigen Regierung nach dem Kühne-Modell. Carlsberg hat als Partner das ECE, dem nahezu alle Hamburger Einkaufszentren gehören. Dahinter steckt der Otto-Versand.

Was ist geplant?

Aus der Hochglanzbroschüre des Prof. Walter: „Das Entwicklungsquartier ist Teil des Rahmenprogramms Integrierte Stadtentwicklung (RISE) und förmlich als Gebiet der Sozialen Stadt nach § 171 e Bau GB festgelegt. Bis einschließlich 2017 werden Maßnahmen und Projekte unter dem Leitbild 'familienfreundliches Quartier' umgesetzt, die das Gebiet sozial stabilisieren, ehrenamtliches Engagement wecken, die Vernetzung im Gebiet fördern, das Wohnumfeld verbessern.“ Träger und Projektbegleiter dieser Maßnahme ist die STEG (Stadtentwicklungsgesellschaft, ursprünglich staatlich, inzwischen privatisiert).

Das Gebiet umfasst Altona-Altstadt und das Schanzenviertel komplett sowie Teile von Altona-Nord. Als besonders familienfreundliche Maßnahme gilt die gegen jedes Baurecht verstoßende Baugenehmigung für das IKEA-Monstrum sowie das Kreuzfahrtterminal ohne Landstromanbindung, das Altona-Altstadt mit extrem krebserregenden Diesel-Verbrennungs-Feinstaub-Emissionen in ungeahntem Ausmaß belasten wird. Ähnlich wie die zu erwartende Auto-Lawine der erwünscht hamburgweit anreisenden IKEA-Kunden. Hinzu kommen sollen die familienfreundlichen mindestens 20 Geschosse hohen Wohntürme gegenüber der Blauen Blume, die Prof. Walter möglichen Investoren als ultrarenditeträchtige Kapitalanlage anbieten möchte (als Ausgleich für eventuelle Grünflächen). Den 4-spurigen Ausbau der Harkortstraße als verkehrliche Erschließung des neuen Wohnquartiers und IKEA-Zubringers (in der Verlängerung der Harkortstraße durch die Präsident-Krahn-Straße und dann in die für den

Autoverkehr wieder zu öffnende Große Bergstraße) leugnet der Oberbaudirektor bisher noch, gibt aber öffentlich zu, dass die Eisenbahnbrücke entlang der Stresemannstraße über die Harkortstraße hinweg, die jetzt bereits dreispurig ist, „erheblich“ erweitert und neu gebaut werden soll. (Um dann in die schmale Harkortstraße zu münden und am Lessingtunnel zu versiegen???) . Na, der Professor wird es schon richten, denn er hat neben seinen beiden Colts Vorbehaltsgebiet und Integrierte Stadtentwicklung noch einen dritten womöglich im Nacken oder unter dem Hut. Den

Zukunftsplan Altona

„Unter dem Motto 'mehr altona – der Zukunftsplan' soll eine Perspektive für die räumliche Entwicklung für die drei Stadtteile Altona-Altstadt, Altona-Nord und Sternschanze gesucht werden. (...) Der Zukunftsplan setzt auf Dialog: mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung, mit Grundeigentümern und potentiellen Investoren soll der Plan gemeinsam entwickelt werden.“ Hört sich ganz nett an, hat aber wenig Substanz, da die BSU und die STEG sowieso schon alles mit ihren Investoren ausgehandelt bzw. sich vorbehalten haben. Der Bezirk, der die Mittel für die Öffentlichkeitsbeteiligung an diesem skurrilen Projekt, immerhin in 6stelliger Eurohöhe zur Verfügung stellt, hat darüber hinaus in der Zukunftsplanung des Kerngebietes von Altona sowieso nichts mehr zu melden. Und Spaß hat es auch nicht gemacht, kann ich als Beteiligter dieser Veranstaltung nach einem Jahr Sitzungsdauer nur vermelden.

Was soll man machen?

Die vom Oberbaudirektor inszenierte Öffentlichkeitsbeteiligungs-Show angreifen, indem man nachfragt, was von den Anregungen denn verbindlich übernommen wird, was überhaupt berücksichtigt und nicht schon sowieso beschlossen ist. Sich an den hoffentlich weiterhin gut besuchten alternativen Stadtteilversammlungen beteiligen und dort die Schmierenkommödie 'Öffentlichkeitsbeteiligung' unter der Regie des Oberbaudirektors unter Mitwirkung des Altonaer Bezirksamtsleiters entlarven und angreifen.

Robert Jarowoy

Für DIE LINKE Mitglied in sämtlichen Altonaer Ausschüssen, die etwas mit Bau und Stadtplanung zu tun haben

Perspektivlose Rotstiftpolitik und Alternativen der LINKEN – in Berlin, Hamburg und Altona von Bernhard Müller und Volker Vödtsch

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Bis 2014 sollen 80 Mrd. Euro eingespart werden! Das beschlossene Programm ist allerdings sozial völlig unausgewogen und ungerecht. Auf Hartz IV-EmpfängerInnen, Arbeitslose und junge Familien fällt der Sparhammer, Reiche und Banken bleiben weitgehend unangetastet.

Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen, der seit der Kohl-Regierung immer wieder gesenkt wurde? Fehlanzeige! Die Einführung einer Vermögenssteuer für Reiche? Fehlanzeige! Die finanzielle Beteiligung der Finanzmarktakteure an der Bewältigung der Krise z.B. durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer? Fehlanzeige!

Die Banken dürfen sich stattdessen über eine lächerlich anmutende Mehrbelastung in Höhe von nur 6 Mrd. Euro freuen und selbst die ist nicht sicher. Die Bundesregierung erwägt schon gar nicht, die kürzlich in Kraft getretene Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers zurückzunehmen. Dagegen will man allein 30 Mrd. Euro bei den EmpfängerInnen von Sozialleistungen (insbesondere Hartz IV) einsparen. Die Lasten der Krise werden so vorwiegend auf die Schultern der Armen und Normalverdiener geladen.

Im Windschatten der schwarz-gelben Bundesregierung hat nun auch der schwarz-grüne Senat in Hamburg die BürgerInnen auf drastische Kürzungen im städtischen Etat eingeschworen. So kündigte Bürgermeister von Beust, der bis vor kurzem noch die Auffassung vertreten hat, man könne sich aus der Krise nicht herausparen, jetzt in einer Regierungserklärung Kürzungen im Betriebshaushalt von jährlich 500 Mio. Euro an.

100 Mio. Euro will man durch die Kürzung oder Abschaffung des Weihnachtsgelds für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einsparen. 100 Mio. Euro sollen durch eine effizientere Verwaltung (was immer das heißen mag!) reinkommen. Städtische Unternehmen will man zu Mehrabführungen von jährlich 50 Mio. Euro verpflichten. 250 Mio. Euro sollen von den Fachbehörden eingespart werden, ohne dass auch nur annähernd konkretisiert wird, was das im Einzelnen bedeutet. Außerdem will man einige Leuchtturmprojekte (Verlegung Universität an den Hafen, Horner Doppelrennbahn u.a.) ad acta legen und sich – immerhin – bei der schwarz-gelben Bundesregierung für die Erhöhung der Spitzensteuersätze einsetzen. Insgesamt: viel heiße Luft und wolkige Ankündigungen. Mit den anvisierten Kürzungen im Betriebshaushalt in Höhe von 500 Mio. Euro wird man allerdings eines nicht erreichen: die Sanierung der öffentlichen Finanzen.

Die Finanzlage der Stadt ist in der Tat dramatisch. Bis 2014 steigen die Schulden Hamburgs auf mindestens 36 Mrd. Euro. Im städtischen Haushalt (Betriebs- und Investitionshaushalt) klafft von 2010 bis 2014 ein jährliches Loch von 1,0 Mrd. Euro bis 1,7 Mrd. Euro pro Jahr. Bis 2013 soll das strukturelle Defizit mit Krediten bis zu 5,7 Mrd. Euro, mit Rückgriffen auf die Rücklagen (1,7 Mrd. Euro) und mit dem Verkauf des städtischen Eigentums in Höhe von bis zu 400 Mio. Euro ausgeglichen werden. Dann ist der schwarz-grüne Senat allerdings mit seinem finanzpolitischen Latein am Ende, weil keine Reserven mehr vorhanden sind. Das alles war dem Senat auch

schon im letzten Herbst bekannt.

Jetzt aber vollzieht der schwarz-grüne Senat einen Kurswechsel hin zu einem weit dramatischeren Sparkurs, als das mit den im November vorgestellten "Konsolidierungspaket" von 1,15 Mrd. Euro (verteilt über 4 Jahre) beabsichtigt war. Klar ist, dass die Einsparung von 500-600 Mio. Euro jährlich im Betriebshaushalt nur über einen drastischen Personalabbau und über erhebliche Kürzungen in allen Bereichen mit erheblichen Folgen auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik möglich sein wird. Erneut – und noch sehr viel massiver als zwischen 2001 und 2005 ("Jesteburger Beschlüsse") – sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wie auch die Mehrheit der BürgerInnen der Stadt die Zeche zahlen für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die vor allem die Interessen der Besserverdienenden und Vermögensbesitzer (Steuersenkungen, Rettung der HSH Nordbank, Leuchtturmprojekte) bedient.

Der Übergang zur Politik des Brüningschen Sparpolitik ist eine Bankrotterklärung und das Eingeständnis, dass der Senat keinen Plan besitzt, wie der Schuldenfalle zu entkommen ist. Wer sich weigert, die Vermögensbesitzer und Unternehmen durch höhere Steuern und einen effektiveren Steuervollzug stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, dem bleibt angesichts der schwachen Konjunktur und der desaströsen Haushaltslage nur der Übergang zu einer perspektivlosen "Konsolidierungspolitik".

Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen und Beschneidungen der Leistungen für die BürgerInnen sowie mit einem drastischen Personalabbau bzw. mit Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist illusionär. So werden nur eine Beschädigung der Hamburger Wirtschaft, weiterhin sinkende Steuereinnahmen und die zunehmende soziale Spaltung erreicht.

DIE LINKE fordert zumindest eine neue Prioritätensetzung bei den Ausgaben. Im ersten Schritt müssen alle Investitionsvorhaben überprüft werden. Durch Umschichtungen würden sich dann Mittel freisetzen lassen für strukturpolitische Maßnahmen, um die Hamburger Wirtschaft zu einer solidarischen Dienstleistungsökonomie umzubauen. Durch einen solchen Umbau können die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, was wiederum u.a. zu steigenden Steuereinnahmen führen würde.

Zweitens aber geht es um deutlich höhere Einnahmen für die öffentlichen Haushalte. Kurzfristig könnte Hamburg seine Kassenlage durch eine größere Effektivität des Steuervollzugs deutlich verbessern. Schon zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode schlug DIE LINKE die Einstellung von zusätzlich 100 Steuerprüfern vor, um die Steuereinnahmen aus der Hamburger Wirtschaft und von den Reichen dieser Stadt zu erhöhen. Ein dauerhafter Ausweg aus der strukturellen Defizitsituation und damit aus der Schuldenfalle benötigt allerdings eine drastische Veränderung der Steuergesetzgebung auf der Bundesebene. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten die Einnahmen der Stadt jährlich um mindestens 1 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Strangulierung der Bezirke

Von der "Konsolidierungspolitik" des Senats sind auch die Bezirke massiv betroffen. Gemäß der Planungen vom vergangenen Herbst sollen die Bezirke bis 2014 mit einer Mischung aus Leistungskürzungen, Rationalisierungen, Verkäufen von städtischen Grundstücken sowie Gebührenerhöhungen insgesamt 65,4 Mio. Euro zur

"Haushaltssanierung" beitragen.

	2010	2011	2012	2013	2014	Gesamt
Mitte	1.377	2.046	2.718	2.952	3.444	12.537
Altona	1.014	1.508	2.002	2.175	2.537	9.236
Eimsbüttel	943	1.401	1.862	2.021	2.358	8.585
Nord	1.315	1.957	2.602	2.822	3.292	11.988
Wandsbek	1.220	1.815	2.412	2.617	3.053	11.117
Bergedorf	521	784	1.044	1.138	1.327	4.814
Harburg	778	1.158	1.542	1.680	1.960	7.118
	7.168	10.669	14.182	15.405	17.971	65.395

Hamburg **180.000 270.000 320.000 360.000 400.000 1.530.000**

Dabei überlässt der Senat nichts dem Zufall. Oberster Sparkommissar ist der Finanzsenator, der dafür sorgen soll, dass die Bezirke ihrer "Pflicht" nachkommen: "Für die Jahre 2010/2011 wird es eine Koordinierung im Rahmen eines Controlling geben, um sicherzustellen, dass die Konsolidierungsbeiträge erbracht (...) werden."

Da es sich bei diesem radikalen Konsolidierungsdiktat um einen massiven Eingriff in die ohnehin sehr bescheidene Finanzhoheit der Bezirke handelt, wird ein möglicher Widerstand gleich mit dem Verweis auf die Verfassung in die Schranken gewiesen: "Da es sich beim Gesamtprozess der Konsolidierung nicht um eine den Bezirksämtern zur selbständigen Erledigung übertragene Aufgabe handelt, steht die Steuerung durch die Finanzbehörde im Einklang mit der Hamburgischen Verfassung."

Außerdem will man die Zahl der Sozialen Dienstleistungszentren und der Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt reduzieren. Einsparung pro Zentrum: 100.000 Euro.

Im Einzelnen sind geplant (pro Jahr):

• Auslagerung von Aufgaben (Schornsteinfeger, Überwachung, Privatisierung der Umweltberatung)	1,1 Mio. Euro
• Verkauf von Grünflächen	0,1 Mio. Euro
• Verbesserte Steuerung (Finanzbuchhaltung, IT-Bereich)	1,1 Mio. Euro
• Erhöhung und Einführung von Gebühren	
○ Gebührenerhöhungen+ neue Gebühren	4,9 Mio. Euro
○ Erhöhung Sondernutzungsgebühren	1,4 Mio. Euro
○ Baugebühren	3,1 Mio. Euro
• Vermehrte Buß- und Warnelder	0,8 Mio. Euro
• Kürzung von Zahlungen an Zuwendungsempfänger (aufsteigend)	0,1 Mio. Euro
• Senkung der Personalbudgets der Bezirke	0,2 Mio. Euro
• Benchmarking bei den Personalstückkosten	0,7 Mio. Euro

Diese Maßnahmen ergeben in der Summe einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 46,9 Mio. Euro bis 2014, der allerdings in erster Linie auf den offensichtlich von den Bezirken favorisierten Gebührenerhöhungen von 39,0 Mio. Euro beruht. Um die vom schwarz-gelben Sparkommissar insgesamt geforderten 65,4 Mio. Euro zu erbringen, müssen die Bezirke daher weitere Vorschläge in Höhe von 18,5 Mio. Euro machen – andernfalls drohen die Zwangsverwaltung und eine Mittelkürzung.

Die schwarz-grünen Konsolidierungsfanatiker fordern die Bezirke deshalb auf, endlich ans Eingemachte zu gehen. Sie sollen nun prüfen, ob zum Beispiel beim Personal Kosten gedrückt werden können. Kündigungen von Beschäftigungsverhältnissen, vorzeitige Pensionierungen und Verrentungen, die Ausgliederung von Arbeitsplätzen (Outsourcing) und Bewirtschaftungen von frei gewordenen Arbeitsplätzen, die nicht wieder besetzt werden, sind Maßnahmen, die zu einer Ausdünnung und Qualitätsminderung der öffentlichen

Versorgung beitragen werden – in den bezirklichen Service-Centern, in Jugendzentren und anderen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder im Jugendamt, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Wirkung dieser konzeptionslosen "Konsolidierungspolitik" ist

- erstens ökonomisch kontraproduktiv, weil die Kürzungen bei den Personal- und Sozialausgaben und die Gebührenerhöhungen die Einkommen der BürgerInnen schwächen,
- zweitens ein Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung, weil die öffentlichen Dienstleistungen abgebaut werden, auf die gerade die BürgerInnen mit einem schmalen Geldbeutel angewiesen sind, und
- drittens ein Beitrag zur weiteren Entdemokratisierung der Stadt, weil die Rechte der Bezirke massiv verletzt und sie zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Senatspolitik degradiert werden. Das Versprechen des Senats, "die Kompetenzen der Bezirksverwaltung und der Bezirksversammlungen zu stärken und (...) deren Verantwortlichkeiten zu stärken" (Drucksache 2005/0747), war wohl nie mehr als eine leere Floskel.

Die autoritäre Entmachtung der Bezirke spielt auch an anderer Stelle der "Konsolidierungspolitik" des Senats eine gewichtige Rolle. So will Schwarz-Grün ab 2011 im "begrenzten Umfang" städtische Vermögenswerte mobilisieren, d.h. vor allem Grundstücke verkaufen. Zu diesem Zweck soll die undemokratische Praxis, über die Köpfe der Bevölkerung und z.T. auch über die der Bezirksversammlungen hinweg Bebauungspläne zu entwickeln, die schließlich per Evokation vom Senat durchgepeitscht werden, deutlich ausgeweitet werden.

DIE LINKE wird auch auf der Bezirksebene gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen diese perspektivlose und sozial einseitige Sparpolitik Widerstand leisten. Statt der autoritären Entmachtung fordern wir eine größere politische und finanzielle Autonomie für die Bezirke. Dafür müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die durch Kürzungen oder Streichungen vor allem bei den "Leuchtturmprojekten" und durch eine andere Steuerpolitik aufgebracht werden können.



5.7.2010 Start der Volksinitiative UNSER HAMBURG - UNSER NETZ

Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Verbraucher-, Umwelt- und kirchlichen Organisationen startet heute eine Volksinitiative, um die Versorgungsnetze für Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg wieder in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Die entsprechenden Konzessionsverträge mit den Energiekonzernen Vattenfall und E.on laufen 2014 aus bzw. sind bis dahin kündbar.

Die beteiligten Organisationen der Volksinitiative sehen in der Rekommunalisierung der Netze eine zentrale Voraussetzung, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Mit der Übernahme der Netze kann der notwendige Umbau zu so genannten smart grids (intelligenten Netzen) und zu dezentralen Versorgungsstrukturen konsequent verfolgt werden.

Die drei Vertrauenspersonen der Volksinitiative kommentieren den heutigen Start wie folgt:

„Wir hoffen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger unser Anliegen breit unterstützen. Wir brauchen mehr dezentrale, klimafreundliche Strukturen und intelligente Netze, sonst werden wir die klimapolitischen Herausforderungen in Hamburg nicht meistern“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

„Die Herrschaft der Energiekonzerne über die Netze hat sich als schädlich für die Verbraucher erwiesen. Alternativen Anbietern wird der Marktzutritt erschwert und von den Verbrauchern werden überhöhte Preise für Strom und Gas verlangt. Netze in öffentlicher Hand sind die Voraussetzung für Wettbewerb im Interesse der Verbraucher und des Klimaschutzes“, stellt Günter Hörmann, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Hamburg, heraus.

„Die Energieversorgung der Bevölkerung hat existenzielle Bedeutung und gehört damit auch aus kirchlicher Sicht in den Bereich der Daseinsvorsorge. Sie gehört deshalb ähnlich wie die Grundsicherung oder der Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung nicht in die Hände von Konzernen, die der Logik des shareholder value folgen“, so Theo Christiansen, Vorstand Diakonie und Bildung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost.

Die Initiatoren der Volksinitiative wollen Ende August 2010 die notwendigen 10.000 Unterschriften sammeln. Nach gültiger Abgabe der Unterschriften muss die Bürgerschaft innerhalb von vier Monaten dem Anliegen der Volksinitiative zustimmen oder es ablehnen.

Weitere Infos: www.unser-netz-hamburg.de

Für Rückfragen: Paul Schmid, BUND-Pressesprecher, Tel. 040 - 600 387 11

Aus den Ausschüssen

Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Der Bezirk Altona soll im Zuge der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bis 2014 insgesamt 1.418.000,00 Euro aus dem Jugendhilfebereich erbringen. Diese Summe soll im wesentlichen nur durch Mittelkürzungen im Personalbereich erbracht werden. Hochgerechnet handelt es sich dabei um bis zu 30 Personalstellen! Eine Kürzung in dieser Höhe gefährdet den Fortbestand von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die in der Regel personell eher unterausgestattet sind, und die Qualität ihrer Arbeit. Dies gilt im gleichen Maße für die weiteren Bereiche in der bezirklichen Jugendhilfe wie auch für das Jugendamt selbst.

Die „Wilde Göre“ verfügte bisher über 1,5 Stellen, wobei die halbe Stelle durch den Weggang der Erzieherin seit längerer Zeit bewirtschaftet und nicht wieder mit einer Personalkraft besetzt wurde. Der Jugendhilfeausschuss beschloss nun am 07. Juni bei einer Gegenstimme, eine halbe Stelle an den Jugendclub Struenseestraße in Altona-Altstadt für die Mädchenarbeit dort und eine

weitere halbe Stelle an die Einrichtung „Mädchenoase“ in Altona-Nord ebenfalls für die Mädchenarbeit anzugliedern. Damit wurde gleichzeitig der Entkommunalisierung der Personalstellen und der Schließung der Einrichtung „Wilde Göre“ zugestimmt. Außerdem sollte eine halbe Stelle ganz wegfallen. Dieser Antrag wurde mit einfacher Mehrheit abgelehnt.

Die Linke setzt sich für den Fortbestand der Einrichtung „Wilde Göre“ ein. Unserer Überzeugung nach sollen Mädchen und junge Frauen geschlechtsspezifische Angebote in einem geschützten Rahmen und mit Hilfe ihrer Beteiligung nutzen können, unbeobachtet und ohne Einflussnahme durch Jungen, Männer oder ihre Familien. Viele Mädchen und junge Frauen benötigen Beratungen, Unterstützung und gezielte Hilfeleistungen, die sie in ihren Familien oder im sonstigen Umfeld nicht erhalten können. Eine Reihe von ihnen will sich außerdem keiner Bedrohungssituation aussetzen. Ihnen kann eine Einrichtung keine Sicherheit vermitteln, die von beiden Geschlechtern aufgesucht wird und die sie, von allen beobachtbar, betreten müssten. Zahlreiche Mädchen und junge Frauen werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung

in unliebsame Rollen gedrängt, können nicht einen eigenen Weg für sich finden, erfahren physische und psychische Gewalt oder werden gar missbraucht. Die „Wilde Göre“ stellt für sie ein Rettungsanker dar. Selbst wenn es einen weniger dramatischen Hintergrund gibt, sollten Mädchen und junge Frauen einen Raum für sich nutzen können.

Das Jugendamt verzeichnete zuletzt einen Rückgang der Besucherinnen, womit übrigens auch die Schließung der Einrichtung begründet wurde. Allerdings ist der Rückgang

Männer gegen Männergewalt – Eine Beratungsstelle stellt sich vor:

von Hildegard Heinemann

Männer gegen Männergewalt – www.gewaltberatung-hamburg.org, Beratungsstelle in der Lindenstr. 27, 20099 Hamburg, 040-2201277, hamburg@gewaltberatung.org

Herr Wielch, Mitarbeiter dieser Beratungsstelle stellte diese Institution in einer Ausschuss-Sitzung Integration und Gleichstellung vor.

Männer werden gewalttätig, wenn sie ihre Frauen lieben, so die Erfahrungen von Hr. Wielch. Diese Männer haben häufig nur zu ihrer eigenen Frau eine emotionale Beziehung. Die Angst (der Männer) wird delegiert an die Angst der Frauen. Diese Männer versuchen Konflikte über Gewalt zu lösen. Es gibt die unterschiedlichsten Gewaltformen unter anderem: Sexualisierte Gewalt, Vergewaltiger und Missbrauch (an Kindern). Die Handlungsstrukturen seien sehr ähnliche. Diese Männer versuchen bei Verlust durch das Verlassen der Frau mit Stalking die Frau zurück zu bekommen. Bei 10 % Stalking handelt es sich um berühmte Persönlichkeiten, bei 90 % geschieht Stalking im Zusammenhang mit häuslicher und körperlicher Gewalt.

Im Jahre 2009 gab es 205 Erstgespräche, davon waren 202 Männer und drei Frauen. (vor c. drei Jahren haben sich Frauen als Täterinnen gemeldet) 10 % Opfer von häuslicher Gewalt sind Männer, 90 % Opfer sind Frauen. Frauen haben eher die Neigung ggf ihre Kinder zu schlagen.

Diese schlagenden Männer haben eher ein traditionelles Männlichkeitsbild, welches funktional gelebt wird. D. h. unter anderem stark zu sein und keinen Schmerz zu kennen (weder körperlich noch seelisch). Diese Männlichkeiten sind in bestimmten Berufen sehr ausbeutbar. Diesen Männern fehlt die Möglichkeit, emotional kommunizieren zu können. Es sei ihnen unmöglich zu sagen: ich habe Angst, dieses wird bereits ab dem 3. Lebensjahr gelernt und ist stark verinnerlicht. Männer lernen cool zu sein. Dieses kostet wiederum wahnsinnige Energien und gleichzeitig bezahlen Männer für diese abtrainierte Wahrnehmung einen hohen Preis. Sie sterben auch 7 Jahre früher als Frauen. (Cool sein heiße auch früher sterben). In aller Regel handelt es sich um Beziehungskonflikte, diese Streits werden hochemotional ausgetragen. Männer werden immer ruhiger, sie erleben die absolute Hilflosigkeit und sie „stehen mit dem Rücken an der Wand“, sie schlagen. Diese Hilflosigkeit (der Männer) wird „auf Frauen übertragen“. Diese Männer reagieren erleichtert, eine

eine Folge der Bewirtschaftung der halben Stelle über mehr als neun Monate und des damit verbundenen Angebotsverlustes. Da auch die Leitungskraft ihren Arbeitsplatz wechseln wird, könnte nun das Angebots- und Arbeitskonzept der Einrichtung überarbeitet und diese mit neuem Personal versehen werden, statt die Einrichtung einzuäschern. Unsere Fraktion wird in diesem Sinne einen Antrag an die Bezirksversammlung stellen und sich für den Fortbestand der Mädcheneinrichtung stark machen.

Last fällt ihnen von den Schultern. In das Konstrukt Männlichkeit passt, dass diese immer einen Schritt nach vorn gehen, ansonsten haben sie verinnerlicht als feige zu gelten. Im Gegensatz dazu kennen Mädchen „keine Feigheit“. Für Jungen und auch Männer sei Feigheit etwas ganz schlimmes. Diese Männer merken, in Konfliktsituationen, nicht mehr sich selbst, Wenn es um die emotionale Existenz geht, reagieren diese Männer mit Gewalt. Diese soziale Konstruktion Männlichkeit beinhaltet, dass Konflikte in einer finalen Situation mit Gewalt gelöst werden sollen. Ein konstruktives Streiten ohne die Grenzen und die Integration der anderen Person zu verletzen ist unmöglich.

Das Lernziel bestehe darin zu lernen Beziehungen aktiver (und ohne Gewalt) zu Gestalten.

Diese Beratungsstelle hat eine solidarische Grundhaltung mit dem Männern, weil sie Rat suchen. Sie sind in einer Krisensituation und sie wollen sich selber nicht mehr im Spiegel ansehen und entsolidarisieren sich mit der Gewaltsituation. Die Grundhaltung der Beratungsstelle sei, dass gewalttätiges Verhalten erlerntes Verhalten sei. Diese Männer haben nur diese eine Option gelernt, erarbeitet wird eine zweite Option, da mindestens zwei Handlungsoptionen alle haben. Vertraulichkeit sei ein ganz wichtiger Parameter der Arbeit. Für diese Männer sei es ganz schwer Verantwortung für das eigene Verhalten zu übernehmen, dies sei ein zentraler Punkt. Es sei eine aktive Entscheidung in Bruchteilen von Sekunden: „schlage ich oder schlage ich nicht“ Grundhaltung der Beratungsstelle sei auch Vertrauen und Respekt gegenüber diesen rat und hilfesuchenden Männern. Gewalt geht durch alle Berufsgruppen und alle sozialen Schichten. Diese Männer versuchen die Verantwortung zu delegieren, dass geht aber nicht! Die Verantwortung bleibt beim Mann. Für den Mann bedeutet dies auch eine Persönlichkeitsentwicklung, das eigene Leben in die Hand zu nehmen. Neue Aspekte, neue positive Visionen, aktives handeln in Konfliktsituationen werden erlernt. Auch das Männlichkeitsbild zu erweitern. Und das ein zurück gehen erlernt werden kann ohne sich selbst als feige zu erleben. Aus der Dynamik des Heimlichen rauskommen, was einfach zuviel Druck macht. Die Erfolgsquote dieser Beratungsstelle ist hoch. Der Erfolg dieser Arbeit misst sich daran, dass die Männer 16 Monate lang einmal wöchentlich kommen. Dies kann dies als profitabler Gewinn bezeichnet werden, der erweiterte Lern- und veränderte Handlungsprozeß ist dann abgeschlossen.

Er bräuchte dringend ein höheres Angebot von Beratungsmöglichkeiten! (Aber vor 6 Jahren war die letzte Aufklärungskampagne) Konfliktkompetenz sollte ein Schulfach werden

Regelmäßige Termine

Jeden ersten Montag im Monat

Bezirksmitgliederversammlung
DIE LINKE Altona
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Zeit: 19.30 Uhr
Bürotelefon: 040 / 41358520

Jeden zweiten Montag im Monat

Stadtteilgruppe Ottensen
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Zeit: 19.30 Uhr
Kontakt: Beate Reiss, Tel: 0174 / 6102395

Jeden dritten Montag im Monat

Bezirksvorstandssitzung
DIE LINKE Altona
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Zeit: 19.30 Uhr
Bürotelefon: 040 / 41358520

Jeden vierten Montag im Monat

Redaktionsgruppe Mitgliederrundbrief

DIE LINKE Altona
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Zeit: 19.30 Uhr
Kontakt: Kay Burmeister 040 / 75365007
Email: Kay-Burmeister@online.de

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt 19 Uhr
Ort bitte bei Werner Haertel erfragen, Tel.
(040) 200 54 67

Jeden vierten Dienstag im Monat

Stadtteilgruppe Altona-Nord
Ort: Gaststätte "Feuervogel"
Holstenstraße 119, Zeit: 19:30 Uhr

Jeden ersten Mittwoch im Monat

Stadtteilgruppe Bahrenfeld
Jugend- und Freizeitzentrum Bahrenfeld,
Bahrenfelder Chaussee 39, Zeit: 19:00 Uhr

Jeden dritten Mittwoch im Monat

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook
Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38,
Zeit: 19:30 Uhr

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Kontakt Werner Haertel
Email: werner.haertel@gmx.de
Telefon: 040-200 54 67

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Kontakt: Eckhard Dörger
Email e.doerger@t-online.de
Telefon: 040-3 89 84 86

Stadtteilgruppe Bahrenfeld (mit Groß-Flottbek und Othmarschen)

Kontakt: Horst Schneider
Email: horst.schneider@linksfraktion-altona.de
Telefon: 040- 38631324
Mobil: 0177- 4571726
Kontakt: Karsten Strasser
Telefon: 040-390 85 55
Email: ikarsten.strasser@linksfraktion-altona.de
Telefon: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf / Iserbrook (und den Elbvororten)

Kontakt: Susanne David
Email: susanne.david@linksfraktion-altona.de
Telefon: 040-560 57 26
Kontakt: Dirk Kölsche
Email: dirk.koelsche@linksfraktion-altona.de
Telefon: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Kontakt: Beate Reiß
Email: stadt-land@t-online.de
Telefon: 040-39 63 86